



HESSISCHER LANDTAG

06. 06. 2018

INA

Berichts Antrag der Fraktion der SPD

betreffend Fusion der Zentralen Fortbildung Hessen, der Hessischen Polizeiakademie und der Hessischen Hochschule für Polizei und Verwaltung

Der Koalitionsvertrag zwischen CDU und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN enthält im Abschnitt "K. Moderne Hochschulen - Innovative Forschung" die Aussage: "Darüber hinaus wollen wir die Einbindung der Verwaltungsfachhochschulen des Landes in das Wissenschaftssystem stärken".

Im September 2015 hat der Landtag durch das Sechste Änderungsgesetz zum Verwaltungsfachhochschulgesetz (VerwFHG) im Wesentlichen dessen unveränderte Fortgeltung beschlossen. Noch während des laufenden Gesetzgebungsverfahrens soll der hessische Innenminister auf einer Personalversammlung der Hessischen Polizeiakademie (HPA) mitgeteilt haben, die HPA werde mit der Hessischen Hochschule für Polizei- und Verwaltung (HfPV) und dem Referat Z 10 "Zentrale Fortbildung" des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport (HMdIS) fusioniert. Zu diesem Zweck soll im Landespolizeipräsidium (LPP) unter Bezugnahme auf die Koalitionsvereinbarung ein Steuerungskreis unter Vorsitz des Landespolizeipräsidenten eingerichtet worden sein sowie eine Projektgruppe mit Unterprojektgruppen unter Vorsitz eines Polizeipräsidenten. Die Projektgruppe soll vom LPP beauftragt worden sein, bis März 2016 einen Abschlussbericht zur Möglichkeit einer solchen Fusion vorzulegen. Dieser Bericht soll vorsehen, dass die bisherige HPA innerhalb der neuen Bildungseinrichtung in die polizeibehördlichen Strukturen eingebettet bleibt.

Einer vom Landepolizeipräsidenten und dem Leiter der Abteilung Z gezeichneten "Projektinfo" vom 20. März 2018 lässt sich nunmehr entnehmen, dass das Projekt im Januar 2018 "neu gestartet" worden sei. Das Projekt werde nun durch ein privates Hochschulinstitut (HIS-HE) unterstützt, nachdem "seitens der Leitung des HMdIS entschieden" worden sei, die Aufgaben der drei Einrichtungen zu fusionieren, u.a. mit den Zielen der "Organisation einer modernen zukunftsweisenden Hochschule mit der Verzahnung von Wissenschaft und Praxis als Alleinstellungsmerkmal in Hessen" und der "Stärkung des Wissenschaftssystems in Hessen".

Die Landesregierung wird ersucht, im Innenausschuss (INA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Welche Defizite sieht das HMdIS in der bisherigen Arbeit der HPA, der HfPV und des Referats "Zentrale Fortbildung", die mit einer Fusion der drei Einrichtungen behoben werden könnten?
2. Welche Maßnahmen haben das HMdIS bzw. das LPP bisher ergriffen, um solche Defizite in der Arbeit der drei Einrichtungen abzustellen?
3. Inwieweit kann nach den Vorstellungen des HmdIS die Fusion mit einer Polizeibehörde mit dreifach größerem Personalbestand sowie einem Referat des HmdIS die Einbindung der HfPV in das Wissenschaftssystem des Landes stärken?
4. Welche Bezüge zum Wissenschaftssystem haben die HPA und die Zentrale Fortbildung bisher?
5. Wie viele Bedienstete der Abteilung Fortbildung der HPA erfüllen die Voraussetzungen, die § 24 VerwFHG für die Einstellung hauptamtlicher Fachhochschullehrer vorsieht?
6. Sollen Fachlehrer an der HPA künftig Fachhochschullehrer werden?
Wenn ja, sollen zu diesem Zweck die Anforderungen an Fachhochschullehrer abgesenkt werden?

7. Welchen Hochschulbegriff haben das LPP und der Leiter der Abteilung Z ihren Eckpunktepapier und der "Projektinfo" zugrunde gelegt?
Worin bestehen nach ihrer Auffassung die rechtlichen und faktischen Unterschiede zwischen einer Hochschule und einer Polizeibehörde?
8. Inwieweit sollen die Konzeption und Durchführung der polizeilichen Fortbildung der hochschulischen Selbstverwaltung unterstellt werden?
9. Welche Rolle sollen die von der "Zentralen Fortbildung" bisher beauftragten privaten Bildungsanbieter in der neuen Einrichtung spielen und sollen die zahlreichen handlungspraktischen und alltagsbildenden Fortbildungsangebote auf ein akademisches Niveau gehoben und der hochschulischen Selbstverwaltung unterstellt werden?
10. Soll insoweit das dezentral auf Tagungsstätten in ganz Hessen verteilte Angebot zentralisiert werden?
11. Sollen die zahlreichen spezialisierten handlungs-, technik- und alltagspraktisch orientierten Kurzfortbildungen der HPA auf ein akademisches Niveau gehoben werden?
12. Wie soll in den von der HPA betreuten Bereichen, denen keine akademischen Fächer entsprechen (Diensthund, Fotografie, Fahrausbildung, Einsatztechniken, Umgang mit Ausrüstung etc.) die Integration in eine Hochschule bewerkstelligt werden?
13. Soll die HPA in der neuen Bildungseinrichtung wie bisher operative Einsätze der Hessischen Polizei unterstützen?
14. Im März 2017 zitierte der "Polizeireport" der Gewerkschaft der Polizei Nr. 128 den Vorsitzenden der Kreisgruppe der Polizeiakademie Hessen wie folgt: "Das Thema "Fusion der HPA und HfPV" wird die Kreisgruppe begleiten und auch kritisch beobachten. Sollte es endlich zu einer Entscheidung seitens des Ministers kommen, die übrigens seit März 2016 angekündigt ist und seitdem den Dienstalltag lähmt, werden wir genau hinschauen [...]"
 - a) Ist nach Auffassung des HmdIS der Dienstalltag in der HPA seit der Ankündigung der Fusion "gelähmt"?
 - b) Wenn nein, worauf beruht nach Auffassung des HmdIS diese Aussage?
 - c) Wenn ja, welche Maßnahmen hat das HmdIS ergriffen, um dieser "Lähmung" abzuhelpfen?
15. Nach dem VerwVFHG ist es Aufgabe des Senats der HfPV, Vorschläge für die weitere Entwicklung der Verwaltungsfachhochschulen zu machen; zu diesen Vorschlägen hat das Kuratorium Stellung zu nehmen.
 - a) Warum standen die Projektgruppe und der Steuerungskreis nicht unter Leitung von Senat und/oder Kuratorium?
 - b) Warum hat sich der Landespolizeipräsident, der als einer der drei Vertreter des HmdIS nach dem VerwVFHG Mitglied des Kuratoriums der HfPV ist, nicht auf eine entsprechende Mitwirkung im Kuratorium beschränkt?
 - c) Welche Vorschläge des Senats zur Weiterentwicklung der HfPV waren dem LPP bekannt und welche Position vertritt es zu diesen?
16. Sind der Entwurf des "Eckpunktepapiers" sowie der Abschlussbericht der Projektgruppe dem Staatssekretär und/oder dem Staatsminister vorgelegt worden?
Wenn ja:
 - a) Von wem?
 - b) Haben/hat der Staatssekretär und/oder der Staatsminister diese Entwürfe abgezeichnet?
 - c) Gibt es eine schriftliche Ministerentscheidung zu der Fusion von HfPV, HPA und "Zentraler Fortbildung"?
 - d) Wann wurde die Entscheidung der "Leitung des HmdIS", die drei Einrichtungen zu fusionieren, getroffen?
 - e) War der Abschlussbericht Grundlage dieser Entscheidung?
17. War die geplante Fusion der drei Einrichtungen bereits Thema im Kabinett?
18. Ist der Abschlussbericht dem Senat und dem Kuratorium der HfPV vorgelegt worden?
Wenn ja, von wem?
Wenn nein, warum nicht?

19. Wie viele Personen waren in dem Steuerungskreis, der Projektgruppe und den Unterprojektgruppen involviert (bitte nach Zugehörigkeit zu HfPV, HPA, LPP und HMdIS sowie nach Besoldungsgruppen bzw. tariflicher Eingruppierung aufgliedern)?
20. Wie viele Arbeitsstunden haben diese Personen jeweils in dem Steuerungskreis, der Projektgruppe und den sechs Unterprojektgruppen bis zur Fertigstellung des Abschlussberichts geleistet (überschlägige Angabe genügt)?
21. Warum wurde das Projekt im Januar 2018 "neu gestartet"?
War es vorher unter- oder abgebrochen worden?
Wenn ja, warum?
22. Wurde das Hochschulinstitut "HIS-HE" im Zusammenhang mit der Fusion beauftragt?
Wenn ja:
 - a) Wann wurde der Vertrag abgeschlossen?
 - b) Wer ist aufseiten des Landes Hessen Vertragspartner?
 - c) Welchen genauen Auftrag hat das Institut erhalten?
 - d) Welche Kosten entstehen durch die Beauftragung des Instituts?
 - e) Auf welchen Haushaltstitel werden diese verbucht?
23. Welche zwingenden Gründe sieht das HMdIS in einer infolge der Einstellungsoffensive höchst angespannten Personallage bei der Hessischen Polizei und der HfPV, Haushaltsmittel und Personalressourcen auf diese Fusion zu verwenden?
Wäre eine Lösung der offensichtlichen Personalprobleme der HfPV nicht vorrangig?
24. Welche Kosten würden nach Einschätzung des HMdIS über die bereits entstandenen Kosten hinaus durch eine Fusion der drei Einrichtungen auf das Land Hessen zukommen?
25. Hat das HMdIS für die geplante Fusion bereits ein Mitwirkungsverfahren nach § 81 HPVG eingeleitet?
Wenn ja, welche Position vertreten die zu beteiligenden Personalräte?
Wenn nein, warum nicht?
26. Trifft es zu, dass das LPP plant, eine Gründungspräsidentin/einen Gründungspräsidenten einzusetzen, der die Fusion umsetzen soll?
Wenn ja, welche Befugnisse soll diese/r erhalten und auf welcher rechtlichen Grundlage soll sie/er arbeiten?
27. In allen Bundesländern, in denen die polizeiliche Ausbildung und Fortbildung in einer Einrichtung - zumeist einer Akademie - durchgeführt werden, gibt es an der Einrichtung keine weiteren Fachbereiche. Diese wurden entweder zuvor ausgegliedert oder waren von vornherein nicht vorhanden.
 - a) Welche Folgen hat eine Fusion für den Fachbereich Verwaltung der HfPV mit den Bachelorstudiengängen "Allgemeine Verwaltung" und "Rentenversicherung" und dem Masterstudiengang "Public Management"?
 - b) Sind dem HMdIS das Ergebnis der Evaluation der Zusammenführung der polizeilichen Aus- und Fortbildung in der Hochschule der Polizei in Villingen-Schwenningen (Baden-Württemberg) und die tatsächliche Entwicklung in der Zusammenarbeit der vormals getrennten Einrichtungen bekannt?
Wenn ja, welche Schlussfolgerungen zieht es daraus für seine Pläne?

Wiesbaden, 6. Juni 2018

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel